



„Eine Frage der Abwägung“ Gastbeitrag von Wolfgang Gehrcke

Es gibt Entscheidungen, die zumindest in einzelnen Fraktionen unumstritten sind; dazu gehört bei uns die Entscheidung zu Afghanistan. Und es gibt Entscheidungen, die umstrittener und differenzierter zu betrachten sind; dazu gehört zweifelsohne die Entscheidung zum Sudan.

Dabei geht es auch um Transparenz im Abwägungsprozess, warum wir zu welchen Entscheidungen kommen. DIE LINKE. hat dem Einsatz nicht zugestimmt: Ein Teil der Fraktion hat sich der Stimme enthalten, ein anderer hat dagegen gestimmt.

Es ist völlig klar, dass kein Mensch über die ungeheure Anzahl von Menschen, die im Sudan ermordet worden ist, hinwegsehen kann. Keiner kann darüber hinwegsehen, was an Vertreibungen und Gewalt im Sudan ausgelöst worden ist. Keiner kann darüber hinwegsehen, welche unsichere, instabile Situation es in den Flüchtlingslagern gibt. All dies sind Faktoren, die ernsthaft in Rechnung gestellt werden müssen. Die Destabilisierung, die vom Sudan auf ihn selbst und auf seine Nachbarländer ausgeht, muss ernsthaft in Rechnung gestellt werden.

Dieser Rechnung muss ein klares Mandat der Vereinten Nationen vorliegen oder nicht. Auch wenn es hier der Fall ist, muss es aber nicht heißen, dass jedes Mandat der Vereinten Nationen dann auch politisch von den einzeln handelnden politischen Kräften geteilt werden muss. Man kann auch zur Auffassung gelangen, dass man eine andere Position einnimmt; aber man muss es in Rechnung stellen.

Die Truppenstationierung im Tschad, die mit der Situation in Darfur im Zusammenhang steht, muss dabei auch berücksichtigt werden. Es handelt sich hier um Truppen der Europäischen Union. Wenn man genauer hinschaut, so stellt man fest, dass es hauptsächlich französische Truppen sind; es sind nur wenig andere dabei. Ob es besonders klug ist, dass die ehemalige Kolonialmacht den Hauptteil der Truppen stellt, wage ich zu bezweifeln.

Natürlich steht auch das Problem im Hintergrund, dass sich die Kämpfe wiederum um Naturressourcen wie Öl und Gas im Sudan drehen. Wenn man all dies gegeneinander abwägt, gibt es in der Tat Argumente, die für die Stationierung sprechen. Aber es gibt tatsächlich auch Argumente, die dagegen sprechen, weil der Beweis, dass mit einer Militäraktion Stabilität einziehen wird, nicht erbracht ist. Wenn auch nur ein Hauch fraglich bleibt, ob ein Einsatz von Militär sinnvoll ist, dann muss man sich entscheiden, nicht zuzustimmen. Das ist die Verantwortung, die man trägt. Man trägt allerdings auch dann eine Verantwortung, der man gerecht werden muss, wenn man Nein sagt, was, wie ich glaube, hier die richtige und angemessene Entscheidung ist.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

„SPD in der Glaubwürdigkeitsfalle“

von Dr. Dagmar Enkelmann

Große Hoffnungen ruhten nach dem Hamburger Parteitag auf der SPD. Endlich schien die Abkehr von der Schröderschen Agenda 2010 in Sicht, endlich schien die SPD ihr soziales Gewissen wiederzuentdecken. Zwei Koalitionsrunden später sind viele Bürgerinnen und Bürger – leider – klüger und um eine Hoffnung ärmer: Nahezu nichts von dem, was der Hamburger Parteitag großspurig ankündigte, wird in der nächsten Zeit in der Regierung umgesetzt. Mehr noch: Die SPD lässt sich von der Union am Nasenring durch die politische Arena führen. Die Partei steckt in einer Glaubwürdigkeits-Falle.



Bild aus: <http://projekte.free.de/schwarze-katze/bilder/wahl/wahl16.jpg>

Das begann mit der Pendlerpauschale, bei der die angekündigte Aufhebung der spürbaren Kürzungen auf den Sankt- Nimmerleinstag verschoben wurde. Beim ALG I kam ein mehr als fauler Kompromiss heraus. So soll die verlängerte Zahlung bei älteren Arbeitslosen u.a. mit Kürzungen bei den Eingliederungsmitteln bezahlt werden, die eigentlich für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen sind. Dazu kommen deutlich verlängerte Vorversicherungszeiten.

Auch wird ein verlängertes ALG I die kommende Zwangsverrentung älterer Arbeitsloser nicht verhindern. Zwar können Frauen und Männer ab 58 künftig, wie von der Koalition beschlossen, wieder zwei Jahre ALG I erhalten – angesichts der realen Fakten am Arbeitsmarkt ändert das an ihrer grundsätzlichen Lage aber wenig. Denn die Bundesregierung tut nichts, um die Beschäftigungschancen dieser Menschen zu verbessern. Als „Alternative“ hält sie nur bereit: Rückfall ins ALG II und, weil viele der Älteren als nicht mehr vermittelbar gelten, die Zwangsverrentung. Hoffnungen, Schwarz-Rot würde die so genannte 58er Regelung verlängern, wird eine klare Abfuhr erteilt.

Das größte Desaster für die SPD gab es aber beim Mindestlohn für die Post. Dieser war nicht nur ein zentrales Projekt des inzwischen zurückgetretenen Arbeitsministers und Vizekanzlers Franz Müntefering, sondern zu dessen Einführung lag bereits ein Beschluss des Kabinetts vor. Dieser wurde von der Union einfach vom Tisch gewischt – und die SPD-Spitzenleute gaben sich „perplex“ und „überrascht“. Solange die SPD sich an dieser Art unsozialer Politik beteiligt, wird sie weiter an Ansehen verlieren.

Dieses Land erwartet nichts Gutes: SPD und Union haben den Wahlkampf 2009 eröffnet, sie belauern sich gegenseitig. Die Große Koalition wird im politischen Stillstand verharren und die Bürgerinnen und Bürger dürfen dafür die Zeche zahlen.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

„Sozialgesetzgebung für Kreativschaffende ausweiten“

von Lothar Bisky

In der deutschen Kulturwirtschaft gibt es im Vergleich zu anderen Branchen nur wenige Festangestellte, die unbefristet, sozialversicherungspflichtig und vollzeitbeschäftigt sind. Sie sind eher die Ausnahme. In der Regel arbeiten die Kultur-, Medien- und Filmschaffenden in kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnissen.



Die wirtschaftliche und soziale Lage von Ihnen war – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch in der Vergangenheit nie besonders rosig: Arbeit und Arbeitslosigkeit wechselten sich regelmäßig ab. Dies haben die Betroffenen in Kauf genommen, weil sie in den Phasen ohne Engagement zumindest Arbeitslosengeld erhielten.

<http://www.anarkismo.net/attachments/sep2006/crimethinc.jpg>

Durch die Hartz- Gesetze wurde ihre Situation unzumutbar verschärft und für manch einen Existenz bedrohend verschlechtert. Dies darf nicht so bleiben. Das stellt für die Kreativen eine ganz besondere Härte dar. Um dieser Bevölkerungsgruppe Gehör zu verschaffen und die soziale Lage der Kreativschaffenden zu verbessern, hat die LINKE einen eigenen Antrag eingebracht. DIE LINKE unterstützt dabei nach Kräften alle Vorschläge, die ernsthaft diese Situation verbessern.

Antrag DIE LINKE:

Drucksache 16/6080

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7719382088_1606080.pdf

„Zwangsverrentung ist grundgesetzwidrig!“



Älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern droht eine Zwangsverrentung mit Abschlägen von bis zu 18 Prozent. Zum 31. Dezember 2007 läuft die so genannte "58er-Regelung" aus, die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II bisher davor bewahrt, vorzeitig in eine Altersrente mit Abschlägen wechseln zu müssen. Gregor Gysi mahnt Union und SPD, die Geltungsdauer der bisherigen Regelung zu verlängern.

Drucksachen der Linken zur Rente finden sie aktuelle unter:

http://www.linksfraktion.de/initiativen_antraege.php

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

„Keine Begrenzung der Prozesskostenhilfe“

von Wolfgang Neskovic



In seinem Gesetzentwurf strebt der Bundesrat drastische Einschnitte bei der Prozesskostenhilfe (PKH) an. Den Grund will er nicht verhehlen: Die Kosten für die PKH sind in den vergangenen sechs Jahren rasant gestiegen, es muss gespart werden. Traditionell geschieht das in Deutschland an den Armen. In diesem Fall an den „fast Allerärmsten“. Denn der Zugang zu den Gerichten soll jenen erheblich erschwert werden, die geringfügig über dem viel zu knapp bemessenen Existenzminimum verdienen. Tritt das Gesetz in Kraft, könnten sie es sich schlichtweg nicht mehr leisten, ihre Rechte geltend zu machen.

Bisher waren einkommensschwache Bürger einstweilig von Gerichts-, Gerichtsvollzieher- und Anwaltskosten befreit. Gegebenenfalls wurden sie zu einmaligen oder monatlichen Zahlungen verpflichtet bis zu einem Zeitraum von maximal 4 Jahren. Voraussetzungen für die Bewilligung waren ein nicht ausreichendes Einkommen, hinreichende Erfolgsaussichten und die Abwesenheit von Mutwilligkeit (mutwillig wäre z.B. der Versuch, Schulden von einem mittellosen, todkranken Menschen ohne Nachkommen einzuklagen).

<http://www.sozialticker.com/wp-content/uploads/2006/12/gesetz.jpg>

Mit dem PKH-Begrenzungsgesetz wollen die Länder nun durchsetzen, dass Personen, deren Einkommen und Vermögen das Existenzminimum auch nur geringfügig übersteigt, so lange zahlen müssen, bis sämtliche Prozesskosten beglichen sind. Dafür sollen sie notfalls sogar die Altersvorsorge einsetzen.

Darüber hinaus wird die Bewilligung der PKH von einer Bearbeitungsgebühr in Höhe von 50 Euro abhängig gemacht. Hier wird die unrühmliche Idee der Praxisgebühr im Gesundheitswesen in gesteigerter Form auf den Zugang zu den Gerichten übertragen. Armut wird quasi mit einer Geldstrafe belegt.

Überhaupt rückt die „Wirtschaftlichkeit“ in den Mittelpunkt der Bewilligungsprüfung. Während es dem Entwurf zufolge Gutbetuchten nach wie vor unbenommen sein wird, um einen „Kleckerbetrag“ jahrelang zu prozessieren, werden bei einem PKH-Antragsteller Einsatz und Gewinn seines Verfahrens minutiös ins Verhältnis gesetzt.

Drastische Mitwirkungs- und Informationspflichten des Antragstellers bis hin zu Zeugenbefragungen runden den Abschreckungskatalog für PKH-Bedürftige auf unschöne Weise ab.

Art. 3 Abs. 1 und Art. 19 Abs. 4 unseres Grundgesetzes billigt jeder BürgerIn, unabhängig vom Vermögen, Rechtsschutz zu. Diese Rechtsschutzgarantie gehört zu den unverbrüchlichen Prinzipien eines sozialen Rechtsstaats. Der vom Bundesrat vorgelegte Gesetzentwurf zur Prozesskostenbegrenzung will dieses Prinzip nun aushebeln. Millionen Menschen wäre dann der Zugang zu den Gerichten erheblich erschwert. Letztlich wird damit indirekt genau das befördert, was ein Rechtsstaat verhindern soll: die eigenmächtig-gewaltsame Durchsetzung von Rechtsansprüchen. Der Volksmund nennt es „Selbstjustiz“.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de>

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de

Weitere zentrale Themen der Sitzungswoche und Anträge der LINKEN

Entschließungsantrag zum Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte ...“ (Operation Enduring Freedom in Afghanistan)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, den am 4. Okt. 2001 "festgestellten NATO-Bündnisfall" angesichts des Terroranschlags auf die USA und der damit anlaufende "Antiterrorkrieg" zu beenden respektive einseitig für beendet zu erklären und damit aus OEF auszusteigen. Enduring Freedom ist ein Völkerrechtsbruch, da das Selbstverteidigungsrecht gemäß der UN-Charta Artikel 51 aus vielfältigen Gründen hier nicht (mehr) greift. Vielmehr dient dieser angebliche Antiterror-Krieg der weltweiten imperialen Machtprojektion des Westens. Mit der Einstellung des Bündnisfalles würde es dem Westen erheblicher schwerer fallen, diese Legitimationsfigur aufrecht zu erhalten, um imperiale Macht auszuüben.

Drs.: 16/6971 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771457019_1606971.pdf

Drs.: 16/6660 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7717283403_1606660.pdf

Antrag Regelsätze erhöhen – Dynamisierung anpassen – Kosten für Schulbedarf abdecken

Drs. 16/7040 : http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7774727432_1607040.pdf

Der Antrag enthält drei Forderungen: Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro, Umstellung des Anpassungsmechanismus auf Lebenshaltungskosten und Finanzierung von besonderen Lernmitteln für SchülerInnen im Bezug von Grundsicherungsleistungen. Die Linke steht für eine Erhöhung der Leistungen an Hartz IV- sowie SozialhilfebezieherInnen. Die Forderungen 3 und 4 sind einer Gesetzesinitiative des Bundeslandes Rheinland-Pfalz entnommen.

Antrag Einführung einer Weihnachtsbeihilfe für Grundsicherungsbezieherinnen und – bezieher

Drs. 16/7041 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735955324_1607041.pdf

Mit der Einführung von Hartz IV wurde die alte Regelung einer Weihnachtsbeihilfe für Sozialhilfebeziehende abgeschafft. Die Wiedereinführung für alle BezieherInnen von Grundsicherungsleistungen wird gefordert. Die zentrale Botschaft ist: der Regelsatz ist zu niedrig und die Abschaffung von Sonderbedarfen ist nicht ausreichend durch die Pauschalisierung der Leistungen kompensiert worden; eine Sonderleistung zum Jahresende ist zum Weihnachtsfest und den damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben angemessen.

Antrag Einmarsch der Türkei in den Irak verhindern

Drs. 16/7039: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746837133_1607039.pdf

Politische Lösungen für den türkisch-kurdischen Konflikt, Destabilisierung Irak verhindern.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Antrag Fördermittel Aufbau Ost in voller Höhe beibehalten – Geplante Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe von 100 Mio. Euro zurücknehmen

Drs. 16/7042: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7702666574_1607042.pdf

Als wichtigstes Instrument des Aufbau Ost sind die Fördermittel der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung nicht weiter zu kürzen. Die Gemeinschaftsaufgabe ist 2008 mit 694 Mio. Euro zu finanzieren. Das wären 100 Mio. Euro mehr als von der Bundesregierung geplant. Die Koalition überlegt die Mittel um 50 Mio. aufzustocken. Das reicht aber nicht aus, da es deutlich mehr Anträge auf Fördermittel gibt, als bewilligt werden. Die Fördermittel für den Aufbau Ost dürfen nicht weiter gekürzt werden. Der derzeitige Haushaltsplan der Bundesregierung für 2008 sieht vor, die Fördermittel für regionale Wirtschaftsförderung Jahr gegenüber 2006 um 100 Mio. zu kürzen. Leidtragend wären vor allem die neuen Bundesländer, die 86 Prozent der Mittel erhalten.

Antrag Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit, für mehr Qualifizierung und eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verwenden

Drs. 16/6035: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7737733801_1606035.pdf

Die aller Voraussicht nach auch in diesem Jahr anfallenden Überschüsse der BA sollen nicht für weitere Beitragssatzsenkungen, sondern zur Vermeidung von Langzeiterwerbslosigkeit und eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes genutzt werden. Die Überwindung der Trennung in zwei Regelkreise ist wesentlicher Bestandteil zur Überwindung von Hartz IV.

Antrag Statt Nullrunde – BaföG angleichen

Drs. 16/4157: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735998282_1604157.pdf

DIE LINKE. fordert einen deutlichen Ausbau des BAföG. Dazu müssen vor allem noch in diesem Jahr die Bedarfssätze und Freibeträge deutlich erhöht werden. Die Bundesregierung möchte dagegen im sechsten Jahr in Folge auf eine Erhöhung verzichten. Damit wird sie ihr selbst gestecktes Ziel einer Erhöhung der Studierendenquote verfehlen.

Entwurf eines 22. Gesetzes zur Anpassung des Ausbildungsförderungsbedarfs

Drs. 16/5808: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724754172_1605808.pdf

In den Bedarf des BAföG werden evtl. zu entrichtende Studiengebühren mit aufgenommen. Für die Finanzierung dieses zusätzlichen Bedarfes sind die Länder verantwortlich, in denen sich die besuchte Hochschule befindet. DIE LINKE. ist gegen Studiengebühren. Wir fordern, dass der Bund die Initiative ergreift, zumindest alle EmpfängerInnen von BAföG von den Gebühren, die in immer mehr Bundesländern eingeführt werden, zu befreien.

Antrag Keine deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom

Drs. 16/6098: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748046517_1606098.pdf

Die LINKE. will im Bundestag eine Debatte über die fehlende völkerrechtliche Grundlage für Operation Enduring Freedom herbeiführen. Vor dem Hintergrund unserer Forderung nach einem vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, fordert Die LINKE jegliche deutsche Beteiligung am OEF-Einsatz unverzüglich zu beenden und dies auch für die Zukunft auszuschließen.

Antrag Privilegien beenden - Mitglieder des Deutschen Bundestages in die Gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen

Mit der Einbeziehung von Bundestagsabgeordneten in die Gesetzliche Rente werden sie der Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler gleichgestellt; sie leisten künftig eigene Beiträge zu ihrer Altersvorsorge. Diese wird so gestaltet, dass die vorgeschriebene Unabhängigkeit der Abgeordneten erhalten bleibt.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Antrag Initiative Frankreichs aufgreifen – EADS durch Kapitalerhöhung stärken und staatliche Sperrminorität sicherstellen

Drs. 16/6395: http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7755209986_1606395.pdf

Die Praxis, dass Staaten ihre Stimmrechte an Privatkonzerne abgeben und diese dann das Interesse des Staates vertreten sollen, muss aufhören. Daher fordern wir ein Ende dieser Praxis sowie eine Kapitalerhöhung seitens des Bundes. So soll eine Sperrminorität institutionalisiert werden. Die ist umgehend zu nutzen, um Power 8 kritisch zu prüfen und Werksverkäufe zu verhindern.

Wettbewerb: Zivilcourage vereint!

Startsignal gegeben!

Anlässlich des antifaschistischen Jugendwettbewerbes „Zivilcourage vereint“ der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, hat die Abgeordnete Dr. Kirsten Tackmann am Mittwoch, den 07. November, in die Landesgeschäftsstelle in Potsdam, zu einer öffentlichen Pressekonferenz geladen. Damit ist das Startsignal für den diesjährigen Jugendwettbewerb in Brandenburg gefallen! Ziel des Wettbewerbs ist es, Jugendliche zu ermutigen, sich kritisch und kreativ mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auseinanderzusetzen. Gesucht werden künstlerisch-gestaltende oder handwerklich-technische Beiträge. Als Preise winken die Teilnahme an einer einwöchigen Studienreise nach Griechenland (1. Preis) und weitere Sachpreise.

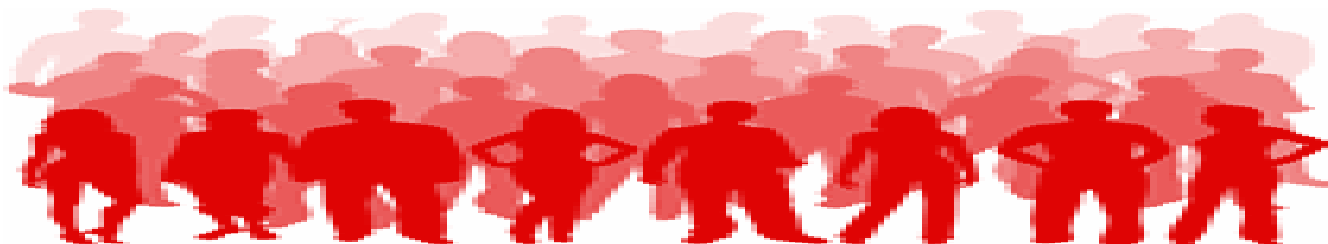


Der nun schon zum dritten Mal ausgelobte Jugendwettbewerb bietet mit seinem 1.Preis eine spannende Mischung zwischen Bildungs- und Erholungsreise. Eine Ausstellung der Reise aus dem letzten Jahr kann in der Landesgeschäftsstelle besichtigt werden. Die Ausstellung kann jederzeit von Euch für Eure Geschäftsstellen ausgeliehen werden. Damit wir wieder eine Vielfalt von Einsendungen für den diesjährigen Wettbewerb bekommen, bitten wir Euch, unseren Wettbewerb in Euren Gemeinden und Städten bekannt zu machen und die Informationen über den Wettbewerb an die Lokalpresse weiter zu leiten.

Weitere Informationen findet Ihr auch unter <http://www.zivilcourage-vereint.de> oder unter Tel.: 030 2277 4308. Beiträge für den Wettbewerb können an die Wahlkreisbüros der Brandenburger Bundestagsabgeordnete gegeben werden.

Weitere Informationen und Termine der Fraktion unter:

http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php



Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

LINKE. lehnt Diätenerhöhung konsequent ab!

von Kirsten Tackmann

Die heute von CDU/CSU und SPD beschlossenen Änderung des Abgeordnetengesetzes und der damit verbundenen Erhöhung der Abgeordnetendiäten zeigt, dass Union und SPD – trotz aller Kritik und alternativer Vorschläge, erneut gegen den Mehrheitswillen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land – die Erhöhung der Abgeordnetendiäten für Anfang 2008 durchsetzen.

Mit einem Handstreich erhöht die Große Koalition damit die Entschädigung der Abgeordneten langfristig um knapp 10 % und garantiert Pensionsansprüche nach bereits einjähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag. DIE LINKE. hat dieser Änderung des Abgeordnetengesetzes nicht zugestimmt.

Deshalb haben sich die Fraktionsmitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag darauf verständigt, diese aufgezwungene Diätenerhöhung zu spenden und Projekten zur Verfügung zu stellen. Denn so kommt wenigstens ein Teil des Geldes dort an, wo es sinnvoll verwendet und dringend benötigt wird. Damit wollen wir einen Beitrag im Sinne der politischen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern leisten und die Unangemessenheit dieses Gesetzes deutlich machen.



Abstimmungsergebnis im Deutschen Bundestag der Brandenburger Abgeordneten

Für die Diätenerhöhung stimmten:

Angelika Krüger-Leißner (SPD); Stefan Hilsberg (SPD); Dr. Peter Dankert (SPD); Petra Bierwirth (SPD); Markus Meckel (SPD); Jörg Vogelsänger (SPD); Andrea Wicklein (SPD); Katharina Reiche (CDU); Andrea Voßhoff (CDU); Michael Stübgen (CDU)

Gegen die Diätenerhöhung stimmten:

Lothar Bisky (LINKE); Dagmar Enkelmann (LINKE); Kirsten Tackmann (LINKE); Wolfgang Nescovic (LINKE); Diana Golze (LINKE- hätte gerne mit Nein, gestimmt, aber ist erkrankt) Cornelia Behm (Grüne); Heinz Lanfermann (FDP);

Enthalten bei der Abstimmung haben sich:

Steffen Reiche (SPD) und Dr. Magrit Spielmann (SPD)

Bild aus: http://www.tolle-geschenke.com/media/images/diaet-brettchengross_big.jpg